

ZUR EINFÜHRUNG

Der ungebrochene Reformeifer des japanischen Gesetzgebers gibt Anlaß dazu, in der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift erneut einen Schwerpunkt auf eine Auswahl aktueller legislativer Vorhaben zu legen, von denen einige schon in Kraft getreten sind, andere noch in der Endphase des Gesetzgebungsverfahrens stehen.

Am Beginn der ABHANDLUNGEN steht eine kritische Evaluierung des bisherigen Reformprozesses aus der Feder des amerikanischen Japanrechtlers *John O. Haley*. Der Verfasser äußert erhebliche Skepsis gegenüber der verbreiteten These, daß die Vielzahl der im Laufe der vergangenen Dekade angestoßenen Reformen ein Indikator für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel in Japan sei. Vielmehr sieht er nach wie vor die Kräfte der Beharrung dominieren.

Mit einem spezifischen Aspekt der Reformen befaßt sich der Beitrag von *Akira Ishikawa*, der einen Überblick über die Regelung und Praxis der Berufsausübung ausländischer Rechtsanwälte in Japan seit der Neuregelung Ende der achtziger Jahre gibt. Er plädiert für eine Erhöhung der Zahl der in Japan zugelassenen Auslandsanwälte, spricht sich aber zugleich dafür aus, von diesen zumindest Grundkenntnisse des japanischen Rechts zu verlangen. Die gegenwärtige (erneute) umfassende Novellierung des japanischen Gesellschaftsrechts steht im Zentrum des Beitrages von *Eiji Takahashi* und *Madoka Shimizu*. Auf der Grundlage des am 29. Juni 2005 vom Parlament verabschiedeten Gesetzesentwurfs setzen sich die Verfasser eingehend mit den Auswirkungen der Novellierung auf die *corporate governance* auseinander, wobei sie die weitere Flexibilisierung der Organverfassung japanischer Unternehmen prinzipiell begrüßen.

Nun folgt ein Wechsel vom Gesellschafts- zum Kapitalmarktrecht. *Christine Schulte* befaßt sich ausführlich mit dem Inhalt und Umfeld des im Jahr 2001 in Kraft getretenen Gesetzes über den Handel mit Finanzprodukten, das eine Verbesserung des Anlegerschutzes in Japan zum Ziel hat. Ihrer Analyse ist eine deutsche Übersetzung des Gesetzes angefügt, das sich im weiteren Sinn dem Verbraucherschutz zuordnen läßt. Um diesen geht es in einem Vortragstext von *Kunihiro Nakata*, der die Verbesserung der Rechtsstellung japanischer Verbraucher durch das im Sommer 2004 novellierte Verbrauchergrundgesetz vorstellt. *Trevor Ryan* erläutert die grundlegende Novellierung des japanischen Jugendstrafrechts im Jahr 2001 und beleuchtet deren gesellschaftliche Hintergründe. Die darauf folgende Abhandlung von *Kazuhiro Tonai* diskutiert die veränderte Beschäftigungspraxis in Japan aus rechtstatsächlicher wie rechtlicher Perspektive.

Anknüpfend an ihre ersten Informationen zur großen IPR-Reform in Japan in Heft 15 (2003) gibt schließlich *Yuko Nishitani* auf der Grundlage des Vorentwurfes vom 22. März 2005 einen ausführlichen Überblick über Einzelheiten des Gesetzgebungsvorhabens, das voraussichtlich Ende dieses Jahres verabschiedet werden wird.

Einen zweiten Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe bildet die Vorstellung dreier internationaler Projekte zur grenzüberschreitenden Juristenausbildung. *Daniel H. Foote* hat im Rahmen einer transpazifisch angelegten Verhandlungssimulation unter Zuhilfenahme moderner Kommunikationstechnologien wie etwa Videokonferenzschaltungen einen Austausch zwischen Teams von Jurastudenten der Universität Tokyo und der University of Washington (Seattle) initiiert. *Kent Anderson* und *Yoshinobu Eizumi* stellen ein sich daran orientierendes Pilotprojekt vor, das im Jahr 2004 zwischen der Australian National University in Canberra und der Aoyama Gakuin Universität in Tokyo durchgeführt wurde. *Malcolm Smith* berichtet als drittes über Erfahrungen mit einem simulierten Schiedsverfahren, das er zwischen Teams von Jurastudenten zweier asiatischer Universitäten organisiert hat, nämlich der Chuo Universität in Tokyo einerseits und der Chulalongkorn Universität in Bangkok andererseits.

Jeder, der mit der Transkription japanischer Rechtsbegriffe zu tun hat, ist mit der Frage konfrontiert, wie sich längere Fachtermini, die im Japanischen aus einer Aneinanderreihung von *kanji* (sino-japanischen Zeichen) bestehen, in romanisierter Form verständlich wiedergeben lassen. Was trivial klingen mag, stellt tatsächlich ein diffiziles Problem dar. Anknüpfend an frühere Überlegungen, die auch in die Transkriptionsvorgaben der ZJapanR eingeflossen sind, stellt *Bernd Götze* Lösungsvorschläge vor.

Unter der Rubrik AKTUELLE RECHTSENTWICKLUNG berichten *Peter Schimmann* und *Markus Janssen* im Anschluß an ihren Bericht in Heft 18 (2004) über die Gesetzgebungsaktivität des japanischen Parlaments in der 162. Sitzungsperiode. Zwei Beiträge befassen sich mit neuer RECHTSPRECHUNG. *Hiroshi Oda* faßt eine aktuelle Entscheidung des OGH zusammen, und *Dirk Schüssler-Langeheine* und *Eberhard Hafermalz* geben einen Überblick über zivilrechtliche Entscheidungen des japanischen Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2003, der an den Bericht über das Jahr 2002 in Heft 17 (2004) anknüpft.

Stefan Wrška hat einen BERICHT über seine aktuellen Erfahrungen mit dem an der Universität Kyushu angebotenen LL.M.-Kurs verfaßt, der früher in der ZJapanR veröffentlichte Erfahrungsberichte fortschreibt. In der Rubrik REZENSIONEN wird zum einen eine neue US-amerikanische Studie vorgestellt, in der das eingangs genannte Verhältnis von legislativen Reformen und gesellschaftlichem Wandel in Japan thematisiert wird, zum anderen eine vergleichende deutsche Untersuchung zur Vergangenheitsbewältigung in Japan und Deutschland.

Es folgen Berichte über Aktivitäten der DJJV in Tokyo und ein Hinweis auf das nächste Symposium der DJJV, das im Februar 2006 in Zusammenarbeit mit der Waseda Universität zum Thema „Privatisierung von staatlichen Unternehmen in Japan und Deutschland“ in Tokyo ausgerichtet werden wird. Das Heft schließt mit den üblichen organisatorischen Informationen sowie einem *Call for Papers* und einer Buchanzeige.

Harald Baum